

Wahlprüfsteine Sozialverband VdK (25 Fragen)

Der Sozialverband VdK Deutschland e. V. ist als Dachverband von 13 Landesverbänden mit mehr als 2,3 Millionen Mitgliedern der größte Sozialverband in Deutschland. Seine sozialpolitische Interessenvertretung, die Sozialrechtsberatung in den Landesverbänden und das Ehrenamt machen den 1950 gegründeten Bundesverband zu dem, was er heute ist: eine streitbare Stimme, die Deutschland sozialer und gerechter macht. Der VdK macht sich stark für Menschen mit kleinen Einkommen, Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, Alleinerziehende und Rentenbezieher. Der Verband ist seinen Mitgliedern verpflichtet und konfessionell neutral. Er betreibt keine Parteipolitik, sondern setzt sich für diejenigen ein, die sonst kaum wahrgenommen werden. Als anerkannt gemeinnütziger Verband finanziert sich der Sozialverband VdK durch Mitgliedsbeiträge – so bleibt er finanziell unabhängig von den Interessen Dritter. Für seine Mitglieder begleitet der VdK die Bundestagswahl 2025. Dazu zählt die Abgleichung zentraler Forderungen des VdK mit den Angeboten der demokratischen Parteien.

- 1** Unterstützen Sie die Aussage, dass das Rentenniveau schnell stabilisiert und mittelfristig auf 53 Prozent angehoben werden muss, um auch für die zukünftige Generation das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu sichern (das würde einer 10-prozentigen Rentenerhöhung entsprechen)?
- 2** Hält Ihre Partei an der Regelaltersgrenze von 67 Jahren fest?
- 3** Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine gute gesetzliche Rente langfristig ausreichend finanziert wird und nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden?
- 4** Unterstützen Sie gesetzgeberische Schritte, damit zukünftig auch Politiker, Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Rente einzahlen (Erwerbstätigenversicherung)?
- 5** Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einer schrittweisen Einführung einer einheitlichen solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung (Bürgerversicherung)? Welche Schritte sind aus Ihrer Sicht prioritär?
- 6** Wie positioniert sich Ihre Partei zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Pflegeversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung? Möchte Ihre Partei den gesetzlichen Regelungen nachkommen und diese vollkommen durch Haushaltszuschüsse refinanzieren?
- 7** Welche Schritte plant Ihre Partei für den Abbau der Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung?
- 8** Wie will Ihre Partei pflegende Angehörige stärker entlasten?
- 9** Wie bewerten Sie die zunehmende Gewinnorientierung auch in der ambulanten Versorgung, beispielsweise durch investorengetragene Medizinische Versorgungszentren (MVZ), die nachweislich mehr und nicht notwendige Behandlungen durchführen?
- 10** Wie steht Ihre Partei zu einer Lohnersatzleistung oder einem Pflege Lohn für pflegende Angehörige?
- 11** Die Kinderarmut ist in Deutschland weiterhin hoch. Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei gegen Kinderarmut ergreifen?
- 12** Sollten nach der Vorstellung Ihrer Partei auch eine Neuberechnung und Anhebung der Regelsätze erfolgen, damit die Kosten für eine gesunde Ernährung und Stromversorgung abgesichert sind? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mehrkosten bei Älteren und

Erwerbsgeminderten für Gesundheit, Mobilität und Barrierefreiheit gesondert erfasst und finanziert werden?

- 13** Ist Ihre Partei der Meinung, dass die Jobcenter sehr viel mehr Finanzmittel brauchen, um Erwerbslose besser betreuen und qualifizieren zu können, um sie dadurch nachhaltig in Arbeit zu bringen?
- 14** Wird sich Ihre Partei für mehr Regelungen für einen besseren Mieterschutz einsetzen? Dazu gehören die Senkung der Kappungsgrenzen, eine nachgeschärfte Mietpreisbremse, die flächendeckend und unbefristet gilt, Begrenzung bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen und besserer Schutz vor unbegründeten Eigenbedarfskündigungen.
- 15** Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen erleben nach wie vor eine Vielzahl von Diskriminierungen in ihrem Alltag. Welche konkreten gesetzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um ein wirksames gesetzliches Verbot der Benachteiligung von Menschen wegen Behinderung, Erkrankung oder Alters beim Abschluss von Versicherungen und anderen Verträgen umzusetzen?
- 16** Obwohl arbeitslose schwerbehinderte Menschen im Durchschnitt gut qualifiziert sind, gelingt es ihnen seltener als Nichtschwerbehinderten, eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen. Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei dafür sorgen, dass mehr schwerbehinderte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können?
- 17** Die betrieblichen Schwerbehindertenvertretungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag bei der Eingliederung behinderter Menschen in Arbeit und bei der Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen. Mit welchen konkreten rechtlichen Änderungen wird Ihre Partei die Schwerbehindertenvertretungen stärken und deren Rechtsstellung verbessern?
- 18** Sollte Ihrer Meinung nach, der Zugang zu Teilhabeleistungen unabhängig vom zuständigen Kostenträger für alle behinderten Menschen auch mit komplexen Bedarfen gleich sein? Wenn ja, was plant Ihre Partei, um in den Bundesländern eine bundeseinheitliche menschenrechtskonforme Umsetzung der Eingliederungshilfe zu gewährleisten?
- 19** Unterstützen Sie die Forderung des VdK nach einer gesetzlichen Verpflichtung privater Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit, mindestens aber zur Verpflichtung zu angemessenen Vorkehrungen im Einzelfall?
- 20** In Deutschland fehlen drei Millionen barrierefreie Wohnungen. Damit Menschen mit Behinderungen in Zukunft adäquaten Wohnraum finden, muss aus Sicht des VdK der gesamte Neubau im Mehrparteienwohnungsbau barrierefrei gestaltet werden. Unterstützen Sie die Forderung des VdK, Barrierefreiheit im Baugesetzbuch als Grundsatz der Bauleitplanung zu verankern?
- 21** Die Finanzierung der ökologischen Transformation erfordert im Gebäudesektor massive Investitionen – auch von Privatpersonen. Werden Sie sich für eine soziale Staffelung der maßgeblichen Förderprogramme einsetzen, um allen Menschen eine klimafreundliche Transformation zu ermöglichen?
- 22** Werden Sie zur Abfederung der in der anstehenden Legislaturperiode ansteigenden CO₂-Preise ein Klimageld einführen? Wird dies sozial gestaffelt sein?
- 23** Der VdK fordert eine grundlegende Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss sozial gerecht ausgestaltet sein. Welchen Reformbedarf sehen Sie?
- 24** Wie möchten Sie die Einkommenssteuer so reformieren, dass diese sozial gerechter ausgestaltet ist?
- 25** Der VdK fordert eine grundlegende Reform der Umsatzsteuer. Dinge des täglichen und lebensnotwendigen Bedarfs müssen einheitlich mit dem ermäßigten Steuersatz besteuert werden. Hierzu gehören zum Beispiel Medizinprodukte, Hygieneartikel und Getränke. Auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte sowie auf Medikamente sollte gar keine Umsatzsteuer erhoben werden. Inwiefern möchte Ihre Partei die Umsatzsteuer reformieren?